

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt nach bel. Tarif, die 3-gespaltene Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 124

Montag, den 31. Mai 1920

11. Jahrgang

Polnische Friedensbitte an Rußland.

Koalition und Wahlkampf.

Von Dr. E. D. David, Reichsminister.

Jede Partei kämpft um die Vermehrung ihrer Anhängerzahl. Dabei ist ihr jede andere Partei im Wege und darum im Parteinteresse zu bekämpfen. Es liegt in der Natur der Sache, daß es dabei zu agitatorischen Schärren und Zusammenstößen kommen kann, die im Interesse der politischen Kultur der Volksgemeinschaft zu bedauern sind. Ganz besonders aber sind sie zu bedauern, wenn sie das Zusammenarbeiten von Parteien zerstören, denen das Schicksal eine gemeinsame politische Aufgabe gestellt hat, wie das zurzeit für die Parteien gilt, aus deren Mitte die Reichsregierung hervorgegangen ist. Das große nationale Rettungswerk, das die Koalitionsregierung mit autem Erfolg angebahnt hat und zum glücklichen Ende führen muß, darf durch sonderparteiliche Agitation nicht gefährdet werden.

Auch im Wahlkampf muß sich jeder Parteipolitiker bewußt bleiben, daß keine Partei Selbstzweck ist; daß es etwas Höheres gibt, dem jede Partei zu dienen hat. Das Ziel jeder Partei muß das Wohl des Volkes, das Gedeihen des Staatsganzen sein. Jeder gewissenhafte Politiker hat sein Tun und Lassen zu orientieren an den Lebensfragen dieses Ganzen.

Aus diesem nationalen Pflichtgefühl heraus ist die Koalition entstanden, die zurzeit unser politisches Leben maßgebend bestimmt und die Regierung trägt. Sie wurde aus dem heißen Wunsch und mit dem entschlossenen Willen zusammengeschweißt, die Not und den Zusammenbruch unseres Volkes mit den Methoden der Demokratie zu überwinden. Die dem gemeinsamen Vaterlande drohende Gefahr hat die Parteien schon während des Krieges zusammengeführt, als die Erkenntnis sich bei ihnen durchdrach: Wir müssen uns über ein Friedensziel verständigen und es mit vereinerter Macht durchsetzen, um unser Land zu retten. Die Politiker der Koalition, die sich vorher mit starkem Mißtrauen gegenüberstanden, haben in den schwersten Schicksalsstagen unseres Volkes immer mehr erkannt und gefühlt, daß eine gemeinsame höchste Pflicht sie bindet.

Während des Krieges ist es nicht gelungen, die Politik der Mehrheitsparteien durchzuführen. Die Gegenpartei waren stärker. Die militärischen Machthaber haben das Geschick Deutschlands bis zu dem furchtbaren Ausgang des Krieges bestimmt. Erst angesichts der militärischen Niederlage hat die Oberste Heeresleitung erkannt, daß nur noch eine vom Vertrauen des Volkes getragene parlamentarische Regierung das Vaterland retten könne. Und mitten in die Bildung einer solchen Regierung hinein kam sie mit ihrem Schrei: Waffenstillstand binnen 48 Stunden! Und ein Telegramm folgte: Wenn die neue Regierung sich nicht so schnell bilden ließe, dann müsse die alte Regierung das Waffenstillstandsangebot noch machen.

Als dieser Verweissungsschrei der Obersten Heeresleitung in parlamentarischen Kreisen bekannt wurde, wurde die ganze Koalitionsregierungsbildung noch einmal in Frage gestellt. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei wurde erklärt: Wenn die Dinge so stehen, wenn der Vaterland da ist, dann müssen wir es uns doch sehr überlegen, ob wir überhaupt noch in eine solche Regierung gehen sollen. Das hat schwere innere Kämpfe gekostet, und es wurden die wichtigsten Gründe dafür angeführt, es nicht zu tun. Schließlich aber siegte die Auffassung: Wir müssen es tun, sonst ist unser Land rettungslos verloren. Man hoffte noch, mit einer vom Vertrauen der großen Mehrheit der Volksgemeinschaft getragenen Regierung den inneren Haß des Volkes und der Armee zu kräftigen und vom Gegner günstigere Bedingungen zu bekommen. Die Erwägung, daß dies die einzige Möglichkeit sei, das Land vor dem furchtbaren zu retten, schlug durch. Deshalb mußte die Partei sich dem Lande zur Verfügung stellen, selbst auf die Gefahr hin, durch den Eintritt in eine bankrotte Firma zu Schäden zu kommen. So kam im Oktober 1918 die erste Koalitionsregierung zustande. Die Erkenntnis, daß über den Parteien das Wohl des Ganzen steht, gebar sie. In den Stunden der Lebensgefahr der Nation offenbart sich am deutlichsten, daß die höchste Parteid Pflicht das Wohl des Ganzen sei.

Dieses Pflichtgefühl hat die Koalition auch nach dem 9. November 1918 rasch wieder zusammengeführt und zusammengehalten, als es galt, durch Zusammenschluß der drei Parteien eine Macht zu bilden, die stark genug war, das Land vor der von links und rechts drohenden Gefahr eines verheerenden Bürgerkrieges zu retten. Das ist es gewesen und ist es noch heute, was die Koalitionspolitik rechtfertigt. Gewiß gibt es manche Gegensätze zwischen der Regierungspartei; aber das Staatsganze ist noch in einer so gefährlichen Lage, daß wir uns keinen Luxus rücksichtsloser Parteizersplitterung nicht leisten können.

Bei der bevorstehenden Wahl geht es noch einmal um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes und Reiches. Wir wissen alle: Nur dadurch, daß ein starker Mittelblock die breite Nachahmung für eine gemeinsame Regierung schafft,

kann die Gefahr, die von der extremen Linken und den extremen Rechten droht, gebannt werden. Wenn die Koalition der Regierungsparteien zerfällt, wenn sich unser Volk in zwei feindliche Heerlager spaltet, wäre der furchtbare Bürgerkrieg die Folge, und erst wenn sich der innere Kampf bis zur vollen Erschöpfung ausgereift hätte, wäre ein neues Einlenken in die Bahn einer vernünftigen Mittellinie wieder möglich. Die Aufgabe der Koalition ist, den extremen Ausschlag nach rechts oder links, diesen Durchgang durch das Chaos zu verhindern. In früheren Revolutionen galt das Gesetz, Entwicklung nach links bis zum äußersten, ja bis zur Banditenherrschaft, dann die blutige Reaktion nach rechts, und dann erst nach schweren Opfern die Mitte des Möglichen! Dieses „revolutionäre“ Gesetz haben wir bis jetzt gebrochen und werden es weiter brechen.

In dem Maße, wie sich die Mitglieder der Koalitionsparteien dieser gemeinsamen Aufgabe bewußt werden, wird das schwere Werk der Rettung unseres Landes und seiner organischen Entwicklung nach oben gelingen. Das wird eine innerpolitische nationale Tat sein von höchster Bedeutung. Aber noch eine andere nationale Aufgabe haben wir. Nur die Demokratie kann die deutsche Einheit erhalten. Hätten die Kappisten gesiegt, wäre Deutschland auseinandergebrochen. Süd- und Westdeutschland lassen sich nicht mehr einheitlich regieren. Der Geist der Rechtsparteien ist Gift für die deutsche Einheit. Und ebenso wäre es mit der deutschen Einheit aus, wenn die Feinde der Demokratie von links, die Anhänger der Räteherrschaft, obliegen würden.

Das hohe Gut der nationalen Einheit ist also bedroht. Wir müssen es schützen, indem wir in dem Wahlkampf für die Stärkung der demokratischen Koalition arbeiten. Die Demokratie ist die Wiege des deutschen Einheitsgedankens gewesen. Trotz des brutalen Kampfes der russisch-preussisch-österreichischen Reaktion gegen ihn nach 1815 konnte er nicht erstickt werden. Er lebte in den 1820er und 1830er Jahren in den demokratischen Burschenschaften. Lura, Celana, und Schüßenervereine trotz aller Verfolgungen fort. Im Jahre 1848 brach er wieder siegreich durch. Die schwarz-rot-goldene Fahne, das Banner des großdeutschen einigen Reiches, flatterte auf den Regierungsgebäuden in Nord und Süd, in Ost und West. Durch die preussische Revolution wurde die Hoffnung auf nationale Einheit 1849 wieder vernichtet.

Durch die Bismarcksche Politik wurde dann Oesterreich aus dem Bundesverband herausgedrängt. Die verklärte preussisch-deutsche Reichseinheit entstand. Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges ist nun alles wieder bedroht. Da hat die Demokratie das Ideal des großdeutschen Einheitsgedankens wieder aufgenommen. Wir müssen zusammenhalten, was wir noch haben, und darüber hinaus an der Zurückgewinnung der anderen deutschen Gebiete, besonders Oesterreichs, auf friedlichem Wege arbeiten. Das kann nur die Demokratie und nicht die alldeutsche Reaktionspartei leisten.

Deutschland ist das demokratischste Land der Welt geworden. Aber die politische Demokratie ist nicht das einzige; auch die wirtschaftliche Demokratie darf nicht vergessen werden. Ein Staatswesen durch und durch erfüllt von sozialem Geist, das ist es, was wir schaffen wollen. Für die Ausprägung der wirtschaftlichen Gegenstände sollen geordnete Formen geschaffen werden. Auf diesen Weg organisatorischer Zusammenarbeit aller an der Produktion beteiligten Kräfte sind auch alle Fragen der Sozialversicherung zu lösen. Wir haben mit unserer wirtschaftsorganisatorischen Gesetzgebung die Bahn beschritten, die soziale Frage zu lösen. Damit sind wir allen anderen Völkern voraus. Wenn wir das Ziel der sozialen Demokratie auf dem Wege organischer Entwicklung erreichen, hat das deutsche Volk eine weltgeschichtliche Mission erfüllt. So fassen wir unsere nationalen Pflichten auf. Die Nation steht nach Fichte im Dienst der Menschheit.

Große gemeinsame Aufgaben sind jenseit den drei Parteien, die sich zum Grundgesetz der republikanischen Demokratie bekennen, gestellt. Neben wir dessen eingedenk während des härtesten Parteikampfes. Dann wird der Ausgang der Wahl dem Wohl des Ganzen dienen und einen mächtigen Schritt vorwärts bedeuten auf der Bahn zur Rettung von Volk und Reich aus den uns von innen und außen umlauernenden Gefahren.

Friedensbitte der Polen.

Warschau. Die polnische Note an die Moskauer Regierung mit der Aufforderung, Friedensverhandlungen aufzunehmen, ist fertiggestellt.

Der Sowjetminister Bittor Kopp betont in der „Deutsch-Russ. Zeitung“ die absolut friedliche Haltung Sowjet-Rußlands gegenüber Deutschland. Zwischen der Kampflinie, die 300 Kilometer von unserer Grenze entfernt ist, liegen Lettland und Litauen, deren Selbstständigkeit Rußland achtet und mit denen Deutschland in Frieden lebt.

Laut dem Pariser „Petit Journal“ richtete die polnische Regierung an Frankreich ein Telegramm, das den Gruß der

Lage mittelt und um Entsendung namhafter französischer Hilfstruppen ersucht. Nach dem „Journal des Debats“ hat General Petain den französischen Kriegsrat einberufen, um über die militärische Lage der Polen zu berichten und über etwaige Truppenentsendungen nach Polen Beschluß zu fassen. Millerand hatte bereits am Mittwoch eine längere Besprechung mit dem polnischen Botschafter in Paris.

Obersta ist laut „Times“ wieder von der Roten Armee besetzt worden. Die Flotte der Alliierten hat die Häfen von Odesa und Sebastopol verlassen.

Zu der polnischen Offensive gegen Sowjetrußland heißt es in einer Betrachtung eines Diplomaten in der „Deutschen Allg. Zeitung“: Die polnische Aktion ist die vorläufig letzte in der Reihe antibolschewistischer Kampfhandlungen, die von vornherein zugehört waren, weil sie mit halben Kräften, mit halbem Herzen und völliger Zweideutigkeit unternommen wurden. Zu dem Dilettieren sämtlicher Großmächte am russischen Problem wird dann bemerkt: Unsere eigene Stellung ist eine abwartende, was sicher unseren Kräften und Wirkungsmöglichkeiten am besten entspricht, vielleicht auch der Verhandlungs- und Befriedigungslage Rußlands. Kraftin gerade hat vor jeder Erwartung auf einen Augenblickserfolg ein drucksvoll gewarnt. Die Frage ist nur, ob die Gründe für solches an sich richtige Abwarten nicht allzu einseitig wirtschaftliche sind. Politisch siehe sich vielleicht doch mehr tun.

Polnische Phantasien über Oberschlesien.

Ein polnischer Funkpruch aus Warschau „An alle“ vom 22. Mai bringt u. a. folgende Nachricht: Bis zum 6. Mai ist es den Deutschen gelungen, in Oberschlesien 125 000 Mann an Truppen einzuführen. Unter ihnen befindet sich die Marinebrigade Ehrhardt. In Bytom, Szepience und Koszmin haben deutsche Truppenübungen stattgefunden. Die Deutschen erklären, sie würden Oberschlesien nicht freiwillig räumen, eher würden sie die alliierten Truppen entlassen. — Hierzu wird erklärt: Reichswehr befindet sich im Abzugsgebiet Oberschlesien überhaupt nicht. — Sodas die Angaben über Truppenübungen auf freier Gründung beruhen. Die Marinebrigade Ehrhardt befindet sich zur Aufstellung im Munsterlager. Die von den Polen selbst gemeldete Tatsache, daß die alliierte Kommission bis jetzt noch keine Maßnahmen getroffen hat, um dieser heimlichen deutschen Invasion entgegenzutreten, beweist am besten die Haltlosigkeit der polnischen Angriffe.

Antipolen-Demonstration in Beuthen.

Ein Deutscher von einem Franzosen erschossen.

Beuthen. Gegen 9 Uhr abends fanden polenfeindliche Demonstrationen vor dem Hotel Romnik, dem Sitz der Plebiszitkommission, statt. Fast sämtliche Fensterheben der unteren Geschosse sind zertrümmert und die Balken eingeschlagen worden. Der „Grenzzeitung“, dem Organ der nationalen Polen, sind die Fensterheben zertrümmert. Grund zu dieser Demonstration war, daß ein Deutscher von einem französischen Soldaten erschossen wurde. Der Franzose hatte sich an einem deutschen Mädchen vergewaltigt, das von den Deutschen befreit worden sollte.

Die Kundgebungen bei der Erstürmung des polnischen Plebiszitkommissariats im Hotel Romnik dauerten von 8 Uhr abends bis 12 1/2 Uhr nachts. Die Polizei war machtlos. Große Werte sind der Verwüstung zum Opfer gefallen. Die Verwüstung läßt sich nicht beschreiben. Zum Schluß wurde von der Menge in den unteren Räumen noch Feuer angelegt, so daß diese völlig ausbrannten. Wie verlautet, sind 3 Personen getötet und 10 verwundet worden. Früh um 3 Uhr machten die Polen einen Angriff auf die „Ostdeutsche Morgenpost“, der die Fensterheben zertrümmert und die Türen eingedrückt wurden.

Wien. Die Blätter berichten aus Währisch-Ostau: Anbauende Schiebereien im Abstammungsgebiet, wo in der letzten Nacht wieder zahlreiche Personen verletzt wurden, veranlaßten endlich italienische Truppen, am 29. Mai einzugreifen und zur Besetzung einiger Karwiner Städte, die von den Polen geräumt wurden.

Proklamation des lettischen Volksstaates.

Kopenhagen, 29. Mai. Das lettische Pressebureau meldet aus Riga: Am 27. Mai proklamierte die lettische Nationalversammlung einstimmig Lettland als unabhängigen Staat auf demokratischer Grundlage. Für diese Erklärung stimmten auch sämtliche nationalen Minderheiten, Deutsche, Russen und Juden.

Waffenstillstand zwischen Rußland und Japan.

Die Feindseligkeiten zwischen Japan und Rußland sind am 26. Mai zu Ende gegangen. Russische und japanische Kommissionen sind zum Abschluß des Waffenstillstandes in Cawerowst eingetroffen.

Die Lebensmittelpreise Danzigs.

Man schreibt uns: Ist es wirklich nur ein Jahr, daß das Statistische Amt der Stadt Danzig in diesem Augenblicke mit einem Vergleich der Lebensmittelpreise in Danzig mit denen in anderen Städten Deutschlands an die Öffentlichkeit tritt oder sollte hier unsere Stadtbewohner der Verwirrung erbracht werden, daß den Preisen Lebens- und Futtermittel in Danzig der Ertragsrückgang zum Schatz nicht nach Rücksicht sondern nach Ansehen zu bewilligen ist. Fast scheint dieses der Fall zu sein.

Doch gehen wir uns die Lebensmittelpreise etwas näher an.

1. Vollmilch. Wer bekommt in Danzig noch Vollmilch? Säuglinge, alte Leute über 60 Jahre und Kranke auf ärztliche Verordnung, vorzugsweise. Daß es in den Geschäften nicht schon ausverkauft ist. Für den größten Teil der Haushaltungen liefert dieses Nahrungsmittel vollkommen aus.

2. Butter. Ob der Preisunterstützer für Butter für die Danziger einen Gewinn darstellt, überlasse ich der Beurteilung der Leser, denn wenn man in Betracht zieht, welche Mengen wirklich Butter den Danzigern ausgereicht werden, so dürfte eine Berechnung, um wieviel wir den anderen Städten gegenüber im Vorteil sind, wohl überflüssig sein.

3. Margarine. Wenn man für den Kopf der Bevölkerung in der Woche 1/2 Pfund Margarine rechnet, so wurden dafür im Jahre 512 Tausend zu zahlen sein. In Berlin dagegen 517.40 Tausend, hier hier erhaltet 505.40 Tausend.

4. Kartoffeln. Bei einem Verbrauch von fünf Pfund in der Woche müßten für den Kopf der Bevölkerung in Danzig 59.80 Mk. und in Berlin 104 Tausend für das Jahr aufzuwenden sein. In Berlin beträgt hier 14.24 Tausend.

5. Brot. Bei einer Verteilung von 2700 Gramm Roggenbrot für den Kopf der Bevölkerung in 14 Tagen würden in Danzig im Jahre 134.68 Tausend in Berlin 217.90 Tausend zu zahlen sein. Währen in Danzig erhaltet 92.31 Tausend. Die gesamten Ertragsverluste in Danzig betragen mithin auf den Kopf der Bevölkerung 842.91 Tausend, oder 886.82 Tausend für Mann und Frau.

Bis dahin das Statistische Amt.

Zum Lebensunterhalt gehören aber nicht nur Nahrungsmittel, sondern bekanntlich auch andere Dinge. Und das kommt die Höhe in Betracht, die für die Preise sämtlicher anderen Lebensbedürfnisse auszubringen ist. Wir zahlen in Danzig durchschnittlich 8 bis 10 Mark pro Zentner mehr als in Berlin, so daß hier gegenüber Berlin ein mittlerer Verlust von mindestens 600 Mark gerechnet werden muß. In mitteleuropäischen Zusammenhang mit der Kohle haben die Preise für Gas und elektrisches Licht, denn es ist bekannt, daß wir zur Erzeugung dieser Beleuchtungsmittel die teure Auslandskohle heranziehen müssen. Bei einem Verbrauch von nur 2 Kubikmetern pro Tag würde man in Danzig schon 238.60 Mark mehr zahlen als in Berlin, denn dort sind die Preise um mindestens 25 Prozent niedriger als hier. Der herein nachgewiesene Gewinn in Danzig bei Verkauf der Lebensmittel ist mithin schon vollständig aufgehoben, dazu kommt aber, daß die Preise für Bekleidung und Schuhzeug in Danzig ganz bedeutend höher sind, als in Berlin und anderswo. Wenn das Statistische Amt also sagt, daß Danzig in fast allen Lebensmitteln billiger ist als die anderen Städte in Deutschland, so trifft dies nur bedingt zu, denn der Gewinn an Lebensmitteln wird durch die höheren Preise für alle anderen Gegenstände des täglichen Bedarfs um ein Mehrfaches wieder aufgehoben. Es ist in diesem Augenblicke nicht möglich, genaue Zahlen für den Unterschied der Preise in Danzig und anderen Großstädten herbeizuschaffen, es wird aber darauf noch näher eingegangen werden. Jedenfalls kann behauptet werden, daß die Kosten für die gesamte Lebenshaltung in Danzig gegenüber anderen Großstädten (z. B. Berlin) auf keinen Fall geringer sind, was auch aus einem Artikel der „D. N. N.“ vom 25. Mai 1920 deutlich hervorgeht.

Der Beamtenausschuß der Stadtverwaltung Danzig.

Streik in den Schokolade- und Bonbonfabriken Schneider u. Co., Coewenstein, Mig und Feldkeller.

Wegen Lohnminderungen traten die bei den oben genannten Firmen beschäftigten Facharbeiter, Hilfsarbeiter und Mädchen in den Streik. Trotz des enorm hohen Preises für Schokolade und Bonbons mußten die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für wahre Hungerlöhne arbeiten. Bei den heute überaus hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel wurde Familienältern ein Wochenlohn von 130 Mk., unverheirateten Facharbeitern 110 Mk., Hilfsarbeitern zwischen 40 bis 60 Mk. und Mädchen gar zwischen 32 und 45 Mk. Wochenlohn gezahlt. Auf die von der Organisation aus gestellten Forderungen wurden den verheirateten Facharbeitern eine Zulage von 30 Mk.,

den unverheirateten eine solche von 20 Mk., den Hilfsarbeitern und Mädchen eine Zulage von 5 Mk. pro Woche geboten. Wie die Arbeiterchaft der Süßwaren-Industrie von diesem Lohn ihr Leben lassen soll, ohne der Unrechtfertigkeit oder der Prostitution zu verfallen, bleibt das Geheimnis der Herren Fabrikanten. Arbeiter und Angestellte, merkt auf, das sind dieselben Kreise, die vor der Wahl ihr menschenfreundliches Herz tagtäglich enthielten. Jetzt haben sie es wieder verhärtet, bis zur nächsten Wahl, darum seid auf der Hut.

Die Schieber-Mordaffäre des Geschwiffers Duszcowski

wird das Schwurgericht bereits in seiner nächsten, am 14. Juni beginnenden, Sitzungsperiode beschäftigen. Die Anklage, auf Mord lautend, ist bereits erhoben. Jedoch ist der Tag der Verhandlung noch nicht festgelegt worden. Besondere Heberaktionen dürften die öffentliche Verhandlung infolgedessen nicht bringen, als die Vorgänge bei der Tötung des polnischen Notenschiffers Th. Kubiśka und seiner Frau Fräulein Kuczal bereits genügend aufgeklärt sind. Jedoch dürfte die gerichtliche Behandlung der Gründe und Umstände des hässlichen Untat tiefe Einblicke in die dunkle Welt der Schieber und Verbrecher und der ihr nahe stehenden Kreise und „Genossen“ bringen. Der Soziologe wird aus dieser Verhandlung viel lernen können.

In dieser Schwurgerichtsperiode wird auch der an der Vätermörderaffäre Piskowski begangene Mord seine Ehre finden.

Beschäftigung von Danziger Schiffen. Die Danzig anlaufenden Schiffe werden vielfach von fremden Schiffen nach Danzig gebracht. Diese beruhen hier auf den anlaufenden Schiffen als Passagier anzufragen. Da hierdurch Danziger Kapitäne, die jetzt darauf angewiesen sind, durch Entschädigung auf fremden Schiffen einen Erwerb zu suchen, geschädigt werden, sind das Vorkomitee und das Vorkomitee ersucht worden, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß aus Danzig auslaufende Schiffe mit Danziger Offizieren besetzt werden. Die hiesigen Schiffahrtfirmen werden hoffentlich auch ihrerseits dahin wirken, daß jene Benachteiligung der hiesigen Offiziere vermieden wird.

Kündigung einer Kindesleiche. Am 27. Mai ist in Danzig im Strauchwerk des Gartens Kronprinzengasse 28 eine neugeborene weibliche Kindesleiche aufgefunden worden. Das Kind war in blutgetränkter Lappen gewickelt und kann erst wenige Tage gezeugt haben. Eine Einwohnerin des Grundstückes hat am 25. Mai im Garten einige blutgetränkte Lappen vorgefunden. Demnach kann also die Leiche in der Nacht zum 25. Mai an den Fundort geschafft worden sein. Sie wurde nach dem Todehof geschafft. Die Mutter konnte bis jetzt nicht ermittelt werden.

Die „fehlverstandlich“ Klingt in dieser ähnlichen Fassung die Frage nach der Mutter? Sie ist doch aber ganz gewiß das unglücklichste Geschöpf des Dramas, das durch das tote Kind ans Licht der Sonne kam. Wer aber fragt nach dem Vater und nach seiner Schuld? Der Zusammenbruch der unglücklichen Mutter ist doch in den meisten Fällen die Schuld der Ehrenmänner, die zu oft nur alle Pflichten gegen das Weib und die Geliebte vergessen.

Das Barocke Wintergarten bringt mit dem 1. Juni wiederum ein außerordentlich reichhaltiges Programm, das an Güte das vorige noch übertrifft. Besonders Interesse dürfte das persönliche Auftreten des beliebten Kino-Künstlers Sigga Larjen in seinem Film-Stück erwecken.

Ausgabe der Fleischkarten erfolgt am Dienstag, den 1. und Mittwoch, den 2. Juni gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 180 und des Stammes der alten Fleischkarte.

Derliche Parteinaufrichten.

Arbeiterjugend Danzig:

Mittwoch, den 2. Juni, abends 7 Uhr, im Jugendheim Weismännchenhintergasse: Agitationstraktat: „Wer wir sind und was wir wollen.“ Referent: Genosse Hansen. Erscheinen sämtlicher Mitglieder, auch der Ortsgruppen und deren Funktionäre, unbedingt erforderlich!

Arbeiter-Jugend-Bund für den Freistaat Danzig:

Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr im Jugendheim, Weismännchenhintergasse: Funktionärenabend. „Was ist zu tun?“ Referent: Genosse Hansen. Beteiligung aller Funktionäre dringend erwünscht!

Arbeiterjugend Oliva und Joppot:

Am Dienstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr (pünktlich) findet im Vereinhaus, Oliva, Joppoter Straße, ein Diskussionsabend statt. Vortrag und Regitationen. Referent: Schauspieler Hansen, Danzig.

Polizeibericht vom 29. und 31. Mai 1920. 1. Verurteilung, darunter 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Erpressung, und 2 wegen Betrugs. 2 in Polizeigewalt. 1 Verurteilung, darunter 1 wegen Diebstahls mit Geld, andere 1 April d. J. gefangen worden. 1 Verurteilung, darunter 1 wegen Diebstahls mit Geld, andere 1 April d. J. gefangen worden.

Standesamt vom 31. Mai 1920.

Lebensfälle: Frau Emma Lindner geb. Pflaum, 37 J. — E. d. T. Lindners 1. Klasse Robert, Mod. 10 J. 9 M. — Nichte Marie Pflaum 24 J. 11 M. — Frau Martha Zombrowski geb. Pflaum, 30 J. 10 M. — E. d. Arbeiter Joseph Kober, 1 J. 6 M. — E. d. Tischlers und Schiffsbauern Alfred Erdmerten, 8 M. — Witwe Anna Godebski geb. Kramm, 74 J. 1 M. — E. d. Schiffbauers Otto Heim, 10 J. 1 M. — Witwe Jenny Bartels geb. Friedrich, 71 J. 3 M. — Uebelst. 1 E.

Wasserstandsberichte am 31. Mai 1920.

	gestern	heute	gestern	heute	
Jawitzsch	+1,40	+1,67	Montaueck	+1,10	+1,02
Marfau	+1,38	+1,55	Pleske	+1,02	+0,93
Thorn	+1,00	+1,06	Dirschau	+1,26	+1,14
Forbon	+0,95	+0,94	Einlage	+2,14	+2,16
Calu	+0,90	+0,87	Schlesienhafen	+2,34	+2,36
Brandenburg	+1,05	+1,00	Wollsdorf	+0,16	+0,21
Kurzbrack	+1,46	+1,38	Amwachs	+0,93	+0,96

Aus dem deutschen Osten.

Bund verfassungstreuer Ostpreußen.

Königsberg, 29. Mai. Angesichts der schweren inneren und äußeren Gefahren, die unsere Heimat drohen und das Leben jedes einzelnen bedrohen, ist am Freitag abend hier der „Bund verfassungstreuer Ostpreußen“ gegründet worden. Der Bund will alle Männer und Frauen unserer Provinz umfassen, die bereit sind auf dem Boden der Verfassung frei und selbstlos am Aufbau mitzuwirken. Der Bund will Ruhe und Ordnung zur Arbeit und zur Weiterentwicklung unserer Kultur- und Wirtschaftslebens, er erstrebt Achtung vor Gesetz und Verfassung, sowie Schutz vor Misshandlung. Der Bund erblickt in ruhiger Entwicklung allein das Heil des Vaterlandes und verurteilt jede gefühllose Willkür. Er wird jedem Verfassungsbruch entgegenzutreten, von welcher Seite er auch kommen möge. Jede Parteipolitik lehnt der Bund grundsätzlich ab. Er wird von Königsberg aus seine Wirksamkeit über die gesamte Provinz erstrecken und fordert die Einwohnern Ostpreußens, die mit seinen Zielen einverstanden sind, auf, mitzuarbeiten in seine Reihen zu treten.

Staatskredit für die Abstammungskommunen.

Um der Kreditnot der Kommunen in den Abstammungsgebieten Ost- und Westpreußens abzuhelfen, hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, für Kredite der Kommunalverbände eine Reichsgarantie bis zu 30 Millionen Mark zu übernehmen. Die Verteilung auf die Stadt- und Landkreise erfolgt durch die Oberpräsidenten.

Letzte Nachrichten.

Dr. Wagner von Dr. Stargard fortgeschleppt.

Wir wir noch nach Schluß der Redaktion erfahren, hat das Drama des Danziger Staatsbürgers Dr. Wagner eine neue allerdings uns nicht mehr überraschende Wendung genommen. In der vorigen Woche verzweigte man dem Oberkommissar Sir Lower in Dr. Stargard den Zutritt zu dem dort im Gefängnis gehaltenen Dr. Wagner. Man stellte aber Sir Lower in sichere Aussicht, daß Dr. Wagner bis zu 14 Tagen in Freiheit befinden würde. Zum blühenden Hohn auf diese Zusicherung ist Dr. Wagner am Freitag auf Veranlassung des polnischen Untersuchungsrichters im Dunkel der Nacht mit Hilfe von fünf Soldaten von Dr. Stargard fortgeschleppt worden. Weder seiner Frau noch seinem Anwalt hat man die geringste Mitteilung gemacht. Ueber seinen jetzigen Aufenthalt ist nichts zu erfahren.

Was sagt der Völkerverbund zu dieser Schandtat?

Chefredakteur Adolf Bartel:

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Logeitel und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loops. für die Inserate Bruno Gwartz. sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. G. & Co. Danzig.

5% Polnische Staatsanleihe 1920

- Langfristige Anleihe, rückzahlbar in 45 Jahren durch Auslosung.
- Kurzfristige Anleihe, rückzahlbar in 5 Jahren.

(1408)

Bei der Einführung der künftigen polnischen Valuta wird die langfristige Anleihe zu einem um 10% höheren Kurse umgerechnet als derjenige, welcher für die umlaufenden Geldzeichen bestimmt wird.

Zeichnungen zum Nennwert (al pari) nehmen entgegen:

Bank Dyskoniowy
Bank Handlowy w Warszawie Oddział Gdanski
Bank Kupiectwa Polskiego
Bank Kwilecki-Polocki I Sp.

Bank Ludowy
Bank Zwiasku Spolek Zarobkowych
Polski Bank Komisowy
Bałtycki Bank Komisowy.

